

„Peace Party at War“? Die britischen Radikalliberalen und der Große Krieg

Die eigene Kriegserklärung an Deutschland vom 4. August 1914 erwischte die britischen Liberalen in der Presse, im Unterhaus und sogar im Kabinett kalt. Noch am 31. Juli konnte Schatzkanzler David Lloyd George keinen Minister im Kabinett ausmachen, der für eine Kriegsbeteiligung Englands stimmen würde, und auch Lewis Harcourt vermerkte, „dass dieses Kabinett niemals in diesen Krieg eintreten werde“.¹ Selbst in der morgendlichen Sitzung des 2. August, als bereits die Meldungen von der deutschen Kriegserklärung an Russland durchgesickert waren, lehnte die Mehrzahl der Kabinettsmitglieder eine britische Beteiligung auch zur Wahrung der belgischen Neutralität noch ab.² In den Zusammenkünften der Regierung im Juli dominierten zum einen weiterhin die Irlandfrage sowie zum anderen die anhaltende Finanzkrise die Tagesordnung. Für Lloyd George stand deshalb gerade mit dem Blick auf Letzteres fest, dass sowohl der britische Handel als auch die Londoner Finanzwelt „jede Möglichkeit einer britischen Teilnahme an kontinentalen Konflikten verabscheuten“. Die Wirtschaftsführer, so hätten Befragungen ergeben, würden massive Einbrüche in der Wirtschaftsleistung, Werksschließungen, Massenarbeitslosigkeit und im schlimmsten Falle sogar eine Revolution befürchten.³ Der Schatzkanzler trat deshalb besonders vehement gegen eine Kriegsbeteiligung auf. In seinem bekannten, aber bis heute viel zu wenig beachteten Memorandum on Resignation bestätigte Lord President John Morley,

1 Cameron Hazlehurst, Politicians at War July 1915 to May 1915, London 1971, S. 63; David Lloyd George: Memoirs. Bd. 1 London 1938, S. 32-54. Lewis Harcourt, Cabinet Notes, 31.7.1914, Vormittagssitzung (11 Uhr). NL Harcourt, Bodleian Library Oxford (künftig zit. als: BOD) noch unverzeichnet. Ich danke dem Archivar Colin Harris für seine Unterstützung und eine Kopie dieser wichtigen Quelle.

2 Nicholas A. Lambert: Planning Armageddon. British Economic Warfare and the First World War. Harvard 2012, S. 195.

3 Ebd. S. 193; Lloyd George glaubte „the delicate financial cobweb was likely to be torn to shreds by the rude hand of war“. David Lloyd George: War Memoirs. Bd. 1. London 1933, S. 62.

wie sehr das Kabinett zunächst gegen jegliche Intervention eingestellt war.⁴ Selbst Premier Henry Herbert Asquith und Marineminister Winston Churchill, die neben Außenminister Edward Grey gemeinhin als die stärksten Befürworter einer englischen Beteiligung zählten, fürchteten zunächst vornehmlich „das Chaos in der Londoner Finanzwelt“.⁵ Das einflussreiche liberale Wochenblatt Henry Massinghams, *The Nation*, unterstrich noch in seiner Samstagsausgabe am 1. August, dass es „niemals eine Krise in der jüngeren Vergangenheit gegeben habe, in der die britische Öffentlichkeit so einmütig gegen einen Krieg gestimmt“ gewesen sei.⁶ Und das Parlament hatte nach der spontanen Kondolenzbezeugung nach dem Attentat von Sarajewo⁷ die daraus folgende internationale Krise überhaupt erst vier Wochen später, am 27. Juli, wieder auf seiner Agenda gehabt, ohne bis dahin auch nur im Entferntesten die Möglichkeit einer kriegerischen Verwicklung im Plenum zu erörtern.⁸

Angesichts der internationalen Krisenfrequenz seit der Jahrhundertwende verwundert dieser fliegende Kaltstart in den Krieg. Ja, die Geschichte des Niedergangs der britischen Liberalen,⁹ für die gerade die internationale Vermittlung und der Friede seit jeher zu den wesentlichen politischen Grundpfeilern gehört hatten, erscheint aus der Rückschau beinahe tragisch und untrennbar mit dem plötzlichen Schwenk zum Krieg am ersten Augustsonntag 1914 zu-

- 4 John Morley, Memo on Resignation, August 1914, NL Morley, BOD, MS. Eng.d.3584, fols. 41-65; Das „Morley Memorandum“, welches in leicht überarbeiteter und um weitere Schreiben ergänzter Form 1928 veröffentlicht wurde, findet sich weder unter Gerd Krumeichs vermeintlichen „50 Schlüsseldokumenten zur Julikrise“, noch in den ansonsten so wertvollen Quellenpublikationen von Imanuel Geiss oder Erwin Hölzle. Lediglich Annika Mombauer hat zuletzt einen sehr verkürzten Auszug der Denkschrift in ihrer Quellenedition präsentiert. John Morley, Memorandum on Resignation. London 1928. Vgl. Gerd Krumeich: Juli 1914. Eine Bilanz. Paderborn 2013; Imanuel Geiss (Hg.): Juli 1914. Die europäische Krise und der Ausbruch des Ersten Weltkriegs. München 1965; Erwin Hölzle (Hg.): Quellen zur Geschichte des Ersten Weltkrieges. Internationale Dokumente, 1901-1914. Darmstadt 1978; Annika Mombauer (Hg.): The origins of the First World War. Diplomatic and military documents. Manchester 2013, Nr. 259, S. 389-391.
- 5 Zit. nach: Michael und Elenor Brock (Hg.): H.H. Asquith-Letters to Venetia Stanley. Oxford 1985, S. 139, Anm. 3; Churchill an Clementine, 31.7.1914, zit. nach: Mary Soames (Hg.): Churchill and Clementine – The Personal Letters of the Churchills. London 1998, S. 97.
- 6 Events of the Week, *The Nation*, 1.8.1914, S. 653. Zur Bedeutung der *Nation* als Sprachrohr der britischen Liberalen vgl. die fundierte Analyse Heinz-Joachim Müllenbrocks: Literatur und Zeitgeschichte in England zwischen dem Ende des 19. Jahrhunderts und dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Hamburg 1967, S. 114ff.; vgl. Andreas Rose: Zwischen Empire und Kontinent. Britische Außenpolitik vor dem Ersten Weltkrieg, München 2011, bes. S. 557-566.
- 7 Unterhaus, 30.6.1914, Hansard, Parliamentary Debates, Bd. 64, Sp. 214-216; Lords, Sp. 459-461.
- 8 Sieh z. B. die Rede Arthur Ponsonbys im Unterhaus am 10.7.1914, ebd. Sp. 1397.
- 9 Vgl. George Dangerfield: The Strange Death of Liberal England. New York 1935, Chris Cook: The Age of Alignment. London 1975; Trevor Wilson: The Downfall of the Liberal Party 1914-35. London 1966; Roy Douglas: The History of the Liberal Party, 1895-1970. London 1971.

sammenzuhängen.¹⁰ Hatte sich gerade die radikalliberale Mehrheit innerhalb der Partei mit den seit den 1880er Jahren anhaltenden Forderungen von „Peace, Retrenchment und Reform“,¹¹ ihrer Kritik gegen den Burenkrieg bei den „Khaki-Wahlen“ von 1900 sowie nach einer generellen Abrüstung zugunsten sozialer Reformen in den Vorkriegsjahren wiederholt den Zorn großer Teile der nationalistisch-imperialistischen Öffentlichkeit wie der Tories zugezogen,¹² so sollten die Liberalen nach der 1916 folgenden Koalitionsregierung ausgerechnet unter Leitung David Lloyd Georges nie wieder eine englische Regierung anführen. Während die ältere Parteienforschung nach der Arbeit George Dangerfields zum Strange Death of Liberal England den Niedergang der britischen Liberalen bereits lange vor 1914 angelegt gesehen haben,¹³ so hat Trevor Wilson vor allem den Krieg selbst hervorgehoben und die Partei als „ailing men run down by the bus of war“ beschrieben.¹⁴ Jüngere Parteiforscher heben deshalb inzwischen zurecht die relative Stärke der Liberalen bis 1914 hervor – die wiederholt überwundenen Spaltungsgefahren seit den 1880er Jahren, die Wahlsiege von 1906 und 1910 sowie die starke Reformpolitik trotz aller öffentlichen Kritik.¹⁵

Für die historische Außenpolitikforschung galt die Kriegsentscheidung ausgerechnet einer liberalen Regierung lange als weitgehend unproblematisch. Nicht zu Unrecht wird dabei auf die Midlothian Campaign William Gladstones und dessen liberalen Interventionismus hingewiesen.¹⁶ Die Liberalen waren schließlich per se keine Pazifisten. Schließlich hatte kein geringerer als Lord Palmerston, alias „Lord Firebrand“, die erste Regierung der 1859 neu geformten Liberal Party angeführt. Militärische Interventionen gehörten für sie selbstverständlich zum politischen Repertoire als Regierungspartei eines Empire. Gleichwohl agierten die Liberalen stets mit viel größerer Vorsicht als die Konservativen, wenn es um den *casus belli* auf dem Kontinent ging. Nicht umsonst

10 Wilson, Downfall (wie Anm. 9), S. 18.

11 „Peace, Retrenchment, Reform [...] all of these words [...] are connected with the promotion of human happiness“, Gladstone’s second Midlothian speech (1879), zit. nach: M.R.D. Foot (Hg.): W.E. Gladstone, Midlothian Speeches. Leicester 1971, S. 90.

12 Vgl. etwa: Charles Trevelyan an Lloyd George, 6.1.1914, NL Lloyd George, House of Lords Record Office (künftig als: HLRO), LG/C/4/12/4.

13 Dangerfield, Liberal England (wie Anm. 9); Cook, Age of Alignment (wie Anm. 9).

14 Wilson, Downfall (wie Anm. 9), Preface.

15 Martin Pugh: The Making of Modern British Politics, 1867-1939. 2. Aufl. Oxford 1993, S. 161-181.

16 Vgl. dazu lediglich: A.J.P. Taylor: The Trouble Makers. Dissent over Foreign Policy, 1792-1939. London 1956; Howard S. Weinroth: The British Radicals and the Balance of Power, 1902-1914, in: The Historical Journal, XIII/4 (1970), S. 653-682; Andrew J.A. Morris: Radicalism against War, 1906-1914. The Advocacy of Peace and Retrenchment, London 1972. Die klassischen Außenpolitikstudien widmen sich diesem Thema i.d.R. nicht und begründen dies allgemein mit der Kontinuität britischer Außenpolitik, unabhängig von der jeweiligen Regierungspartei. Vgl. beispielhaft Thomas G. Otte: July Crisis. The World’s decent into War, Summer 1914. Cambridge 2014.

betonte Edward Grey in seiner entscheidenden Unterhausrede am 3. August 1914 so vehement die Verletzung der belgischen Neutralität als flagranten Vertragsbruch, die vermeintlich neuerliche „napoleonische“ Bedrohung durch Deutschland und die moralische Verpflichtung gegenüber Frankreich, die London keine andere Wahl lassen würde.¹⁷ Die Position der liberalen wie auch der sozialistischen Kriegsgegner um Keir Hardie im Juli/August 1914 gilt daher bis heute vielfach als Minderheitenposition, getragen von unverbesserlichen Gutmenschen, realitätsfernen Idealisten, naiven Pazifisten oder Störenfrieden.¹⁸ Schließlich, das scheint für die britische Volksseele bis heute besonders wichtig zu sein und darauf hat zuletzt noch einmal Hew Strachan im Zuge der Diskussionen um Christopher Clarks „Sleepwalkers“ Wert gelegt, hätte es sich 1914 um einen „just war“ – also einen gerechten bzw. gerechtfertigten Krieg gehandelt.¹⁹ Ausgerechnet aber die Radikalliberalen hatten gerade diesbezüglich so ihre Zweifel.²⁰ So klar und eindeutig die Entscheidungs- und Sachlage aus der Rückschau oftmals erscheint, war sie bei näherer Betrachtung keineswegs. Schließlich votierten noch am Morgen des 2. August mindestens elf von 20 Kabinettsmitgliedern gegen eine britische Kriegsbeteiligung, während lediglich vier, nämlich die Liberalen Imperialisten Edward Grey, Henry Herbert Asquith, Richard Haldane und Winston Churchill, für eine Intervention eintraten.

Im Folgenden möchte ich daher vornehmlich auf der Basis zeitgenössischer liberaler Periodika, Unterhausdebatten sowie vereinzelter Archivalien noch einmal einen Blick auf jene Krise im Juli 1914 werfen,²¹ die wie keine andere die Forschung seit jeher beschäftigt hat.²² Sie bildet die Projektionsfläche, vor deren Hintergrund es im zweiten Teil um die liberale Partei während des Krie-

17 Grey im Unterhaus, 3.8.1914, Hansard, Parliamentary Debates, 5. Serie, Bd. 65, Sp. 1810-1827.

18 Taylor, Trouble Makers (wie Anm. 16); Weinroth, Radicals and the Balance of Power (wie Anm. 16), S. 653.

19 Hew Strachan in: History Today, 8.3.2014 [<http://www.historytoday.com/gary-sheffield/great-war-was-just-war>] (Aufgerufen, 8.3.2014).

20 Vgl. Morley, Memorandum (wie Anm. 4); vgl. dazu auch: Harcourt, Cabinet Notes, 31.7.1914-2.8.1914, NL Harcourt, BOD.

21 Zu nennen sind hier v.a. The Nation, Contemporary Review, Economist sowie die liberale Tageszeitung Manchester Guardian.

22 Die bis heute beste Studie zur englischen Haltung im Sommer 1914 stammt aus der Feder von Keith Wilson, The British Cabinet's decision for War, 2. August 1914, in: British Journal of International Studies 1 (1975), S. 148-159; Zara Steiner/Keith Neilson: Britain and the Origins of First World War. Basingstoke 2003, S. 229-257; Stephan Valone: "There must be some Misunderstanding": Sir Edward Grey's Diplomacy of August 1, 1914, in: Journal of British Studies 27 (1988), S. 405-424.

ges geht – um liberale Reflexionen, Ordnungs- und Friedensvorstellungen während des „Schlachtens“.²³

I. Die Liberalen in der Julikrise

I, 1. Das Attentat von Sarajewo

Als am 28. Juni 1914 Franz Ferdinand und seine Frau Sophie von Chotek auf dem Appelkai in Sarajewo von Gavrilo Princip ermordet wurden,²⁴ löste das auch in London eine flächendeckende Bestürzung aus. Keine Frage, so der allgemeine Pressetenor: „The Crime was hatched in Belgrade“.²⁵ Auffällig ist dabei, wie sehr gerade die liberale Presse, bestehend aus dem Manchester Guardian, der Westminster Gazette, der Daily News und dem Daily Chronicle, den Wochenzeitschriften The Nation, New Statesman und dem Economist, sich zunächst eindeutig auf die Seite Österreich-Ungarns stellte. Anders als vielleicht zu vermuten wäre, ordneten die Stimmen dabei eindeutig die Individualrechte einzelner Völker und das Selbstbestimmungsrecht Serbiens der allgemeinen Stabilität unter.²⁶

Die Gründe für die eher austrophile Haltung der Liberalen lagen auf der Hand. Erstens: Franz Ferdinand und seine Gattin waren nach ihrem Besuch im November 1913 ausgesprochen beliebt bei der englischen Bevölkerung.²⁷ Zweitens besaß Serbien dagegen seit der brutalen Ermordung der eigenen Königsfamilie von 1903 und spätestens seit den vorangegangenen Balkankriegen von 1912/13 kaum Freunde in Großbritannien.²⁸ Bereits während der Annexionskrise 1908/09 hatte die liberale Nation wiederholt und geradezu prophetisch davor gewarnt, dass die nationalistischen Träume des kleinen Savestaates

23 Vgl. hierzu die Arbeit von Hubert Gebele: Großbritannien und der Große Krieg. Die Auseinandersetzung über Kriegs- und Friedensziele vom Kriegsausbruch 1914 bis zu den Friedensschlüssen von 1919/1920. Regensburg 2009.

24 Vgl. dazu die jüngste Schilderung inklusive einer Karte des Geschehens in Sarajewo Sean McMeekin: July 1914. Countdown to War. New York 2013, S. 1-20.

25 The Pall Mall Gazette, zit. nach: Donald C. Watt: British Reactions to the Assassination at Sarajevo, in: European History Quarterly 1, 1971, S. 233-247, hier S. 239; The Blow at Austria, The Nation, 4.7.1914, S. 512; The Serbs and the Habsburgs, Economist, 4.7.1914, S. 3. Einzige Ausnahme war die konservative Morning Post, die generell eine kritische Haltung gegenüber Österreich-Ungarn verbreitete.

26 Austria and Servia, Economist, 18.7.1914, S. 115; 1.8.1914, S. 232; vgl. Watt, British Reactions (wie Anm. 25), S. 233-247.

27 Vgl. Edith Sellers: The Murdered Archduke, The Nineteenth Century and After, 76/450, 1914, S. 281.

28 Taylor, Trouble Makers (wie Anm. 16), S. 127.

Europa noch einmal in Brand stecken würden.²⁹ Während konservative Stimmen vor allem dem engen Verhältnis zwischen Berlin und Wien misstrauten und den Prozess von Agram bzw. die Friedjung-Affäre als Belege für ein falsches Spiel Wiens anführten,³⁰ betonten die liberalen Stimmen drittens die positive anglo-deutsche Annäherung und Kooperation während der Balkankriege sowie die traditionelle Ordnungs- und antirussische Bollwerkfunktion der Doppelmonarchie in Südosteuropa.³¹ Hinzu kam viertens, dass insbesondere liberale Blätter jegliche Form von Antisemitismus, Nationalismus, Autokratie, Anarchismus und Terror verabscheuten. Sie lehnten deshalb nicht nur Serbien, sondern vor allem die dahinter stehende zaristische Expansionspolitik ab.³² Keine Frage, so sehr die Liberalen für die Rechte kleinerer Nationen wie Bulgarien, Griechenland oder Mazedonien eintraten, so wenig galt das als großmannssüchtig, brutal und anarchisch kritisierte Serbien. Bis zu den Balkankriegen hatte es durchaus noch vereinzelte liberale, aber vor allem sozialistische Stimmen gegeben, die den serbischen Kampf gegen das Osmanische Reich als „einen gerechten Krieg“ bzw. einen „Freiheitskampf“ im Sinne des Selbstbestimmungsrechts der Völker verstanden.³³ Nachdem aber Belgrad als großer Gewinner aus den Kriegen hervorgegangen war,³⁴ erodierte allmählich das Verständnis für weitere Expansionspläne Richtung Adria. Dafür sollte fünftens das europäische Konzert der Großmächte nicht geopfert werden, dies zu bewahren das einzige unmittelbare Interesse Großbritanniens auf dem Balkan sein sollte.³⁵

Nichtsdestotrotz machte man sich an der Themse nach dem Attentat zunächst keinerlei größere Sorgen über eine erneute Balkankrise. Dafür war das Vereinigte Königreich im Sommer 1914 zu sehr mit sich selbst beschäftigt: die anhaltende Frage um Home Rule für Irland, innere Reformen und der Curragh Incident (März 1914), bei dem Offiziere der Armee meuterten und sich den

29 Daily News, 5.10.1908; 26.2.1909; The Motives of German Policy, The Nation, 27.3.1909, S. 955; 3.4.1909, S. 19; „The Madness of Serbia“, in: The Morning Post, 26.2.1909; „The Near Beast“, The Observer, 28.2.1909, Daily Telegraph, 26.2.1909; Evening Standard, 25.2.1909.

30 So die Morning Post und die Times ab dem 1.7.1914, zit. nach: Watt, British Reactions (wie Anm. 25), S. 240.

31 The Anglo-German Rapprochement, The Nation, 10.2.1912, S. 766-767; The Necessity of a Concert, The Nation 20.11.1912, S. 380; The Conferences and the Concert, The Nation, 14.12.1912, 481 f..

32 Realities of European Politics, The Nation, 20.1.1912, S. 646 f..

33 Arthur Evans: The Drama of the Balkans and its closing scenes, in: Contemporary Review 102 (1912), S. 761-776.

34 Serbien hatte sich nach den beiden Balkankriegen sowohl territorial als auch demographisch um über 30% vergrößert. Gunnar Hering: Die serbisch-bulgarischen Beziehungen am Vorabend und während der Balkankriege, Teil II, in: Balkan Studies 4 (1962), S. 347-378, bes. S. 376 f.

35 The Future of the Near East, The Nation, 9.11.1912, S. 240 f.; Concert or no Concert? The Nation 5.4.1913, S. 5ff.; The Triumph of the Concert, The Nation, 10.5.1913, S. 216 f..

Anordnungen der Regierung, gegen die Ulster Volunteers vorzugehen, widersetzten,³⁶ bestimmten eindeutig die Tagesordnung.³⁷ So machte die erste Aufregung nach dem Attentat schnell auch wieder den tagesaktuellen Nachrichten Platz wie den Sportergebnissen, der Affäre Caillaux um den Mord an dem Verleger des Figaro oder den plötzlichen Tod Joseph Chamberlains.³⁸ Grey und das Foreign Office ließen unterdessen das Kabinett völlig im Dunkeln. Grey setzte offenbar darauf, dass Berlin Wien schon von ernsteren Schritten abhalten werde. Selbst eine Anfrage des deutschen Botschafters Lichnowsky am 6. Juli zu einer gemeinsamen Beschwichtigungsaktion, wobei London wie schon bei den Balkankriegen Russland zurückhalten sollte, behandelte er eher dilatorisch.³⁹ Noch am 23. Juli, einen Tag vor dem österreichischen Ultimatum an Serbien, betonte Lloyd George im Unterhaus die enorm verbesserten Beziehungen zum Kaiserreich. Darüber hinaus ging die auffallend gelassene Haltung zur internationalen Lage sowohl auf die grundlegenden liberalen Prinzipien als auch die spezifische Regierungskonstellation und innere Statik der Liberalen Partei bzw. der Mehrheitsverhältnisse im Unterhaus zurück.

Seit den verlorenen Khaki-Wahlen herrschte innerhalb der Partei eine Art Gentlemen's Agreement zwischen der linksliberalen Mehrheit der Radicals und der liberal-imperialistischen Minderheit. Während die rechtsliberalen Imperialisten um Henry Herbert Asquith, Edward Grey und Richard Burdon Haldane sich vornehmlich um das Empire, dessen Prestige, militärische Stärke und außenpolitische Sicherung kümmerten, ging es den Radicals in erster Linie um dringend nötige soziale Reformen, Handels-, Steuer- und Bildungsfragen sowie den inneren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der Erfolg bei den Wahlen von 1905/06 gab dieser Aufteilung recht und so folgte auch die Kabinettszusammensetzung einem ähnlichen Muster. Während die Imperialisten die für die Fragen von Krieg und Frieden wichtigen Posten des Premiers, des Außenministers und des Kriegsministers besetzt hatten, kümmerten sich die Radikalliberalen vornehmlich um innenpolitische Themenfelder und soziale Reformanstrengungen. Sowohl die von Haldane betriebenen Militärreformen als

36 (Partei-)politische Brisanz erhielt die *Curragh Affäre*, da durch zahlreiche Lecks innerhalb der Regierung Informationen an die Presse, u.a. an Arthur Gwynne von der Morning Post und an Bonar Law von der konservativen Opposition gelangten, und der Eindruck entstand, dass das Kabinett Asquith nicht mehr Herr der Lage sei, weil das Militär sich offen gegen *Home Rule* stellte. Vgl. Unterhaus Debatte, 23.3.1914, Hansard, Parliamentary Debates, Bd. 60, Sp. 72-139; 392-458. James Fergusson: The Curragh Incident, London 1964; Richard Holmes: The Little Field Marshal: A Life of Sir John French. New York 2004, bes. S. 179-189.

37 D. Lloyd George an Sir Edward Russell, 26.3.1914, NL Lloyd George, HLRO, LG/C/7/6/10. Das geht u.a. auch aus dem Brief Asquiths einen Tag nach dem Attentat von Sarajewo hervor. Henry H. Asquith an Lloyd George, 29.6.1914, ebd., LG/C/6/11/17; Stamfordham (Privatsekretär Georgs V.) an Lloyd George, 20.7.1914, ebd., LG/C/5/6/7. Lloyd George, Guildhall-Rede, 17.7.1914, Morris, Radicalism against War (wie Anm. 16), S. 376.

38 Morris, Radicalism against War (wie Anm. 16), S. 384.

39 Grey an Rumbold, 6.7.1914, zit. nach: Hölzle, Quellen (wie Anm. 4), Nr. 136, S. 315ff.

auch die von Grey forcierte Annäherung an das autokratische Russland führten gleichwohl zu einer stetig wachsenden Kluft zwischen den Parteiflügeln. Insbesondere die Außenpolitik Greys gegenüber Deutschland und Russland schien vielen als zu einseitig und notorisch deutschfeindlich.⁴⁰ Die britische Balkanpolitik während der Annexionskrise wurde zuweilen sogar als „russischer als die Russen“ kritisiert.⁴¹ In der Folge versuchte Grey seinerseits alles, allerdings zumeist vergeblich, um die zahllosen antisemitischen Pogrome in Russland und die permanenten Vertragsbrüche in Persien zum Wohle der anglo-russischen Verbindung unter den Teppich zu kehren.⁴²

Greys radikalliberale Kritiker betonten wiederholt, dass die anglo-russische Konvention nicht nur das Selbstbestimmungsrecht Persiens mit Füßen trete, sondern auch, dass sich das zaristisch-autokratische Regime noch nicht einmal an die getroffenen Vereinbarungen halte und weiterhin versuche, die Stämme Zentralasiens gegen England aufzuwiegeln. Von der modernen Zivilität oder der Achtung von internationalen Gepflogenheiten wie dem Vertragsrecht hielten die Kritiker das Zarenreich noch viel zu weit entfernt, als dass man der panslawistischen Barbarei über den Weg trauen könne.⁴³ Gegenüber den Mittelmächten betonten die radikalliberalen Stimmen neben der kulturellen Nähe vor allem die guten Handelsbeziehungen zum Kaiserreich.⁴⁴ Darüber hinaus fürchtete man, dass anhaltende Spannungen zu weiteren Rüstungen führen würden und letztlich eine allgemeine Wehrpflicht nötig machen könnten, die aus der klassisch liberalen Warte rundweg abzulehnen war. Damit nicht genug, finden sich unzählige Beiträge in den liberalen Blättern, die gerade in Bezug auf Deutschland und Russland die internationale Ordnungsfrage stellten. Bis heute wird oftmals übersehen, dass gerade die liberalen Diskussionen vor 1914 eben nicht jene vermeintliche Tradition der Balance of Power huldigten, für die auch der liberale Außenminister Edward Grey nach verbreiteter Forschungsmeinung in den Krieg gezogen sei, sondern dem originären „Konzert“-Gedanken. Aus liberaler Sicht widersprach das Gleichgewichtsdenken dem „Konzert“-Ideal, weil es durch die fortwährende Geheimdiplomatie, konkurrierende Finanzinteressen und den Imperialismus eine Spirale aus gegenseitigem Misstrauen und Zwietracht säe, bei dem das internationale Recht sich stets

- 40 Henry Massingham, The personality of Sir Edward Grey, *The Nation*, 20.1.1912, S. 648ff.
- 41 Dillon an Spring-Rice, 28.8.1909, NL Cecil A. Spring-Rice, Churchill College Archive Centre Cambridge, CASR 1/33.
- 42 Vgl. The Foreign Policy of Sir Edward Grey, *The Nation*, 3.8.1907, S. 822-823; The Policy of Sir Edward Grey, *The Nation*, 2.12.1911, S. 366 f.
- 43 Emile J. Dillon: England Russia and Persia, in: *Contemporary Review*, 101, (1912), S. 109-119. Clement Buncok: Liberals and the Ruin of Persia, *The Nation*, 28.9.1912, S. 937-938. Anglo-Russian Rivalry in Persia, *Economist*, 18.7.1914, S. 127.
- 44 Manchester Guardian, 3.8.1914, zit. nach Harry Hanak: *Great Britain and Austria-Hungary during the First World War: A Study in the Formation of Public Opinion*. Oxford. 1962, S. 38.

dem Stärkeren zu beugen habe, es Rüstungswettlauf in Gang setze und geradezu zwangsläufig zu sich wiederholenden und stetig verschärfenden Krisen führe und für keine nachhaltige Ordnung sorge. Demgegenüber betonte die liberale Schule der viktorianischen Epoche basierend auf den Ansätzen Richard Cobdens, John Brights, William Gladstones, den Schriften John A. Hobsons, Henry Massinghams und Norman Angells die positiven Wirkung des internationalen Rechts, des Freihandels, der Moral, der Abrüstung und der internationalen Verständigung und Vermittlung.⁴⁵ Kriege, so ist etwa bei Angell zu lesen, seien schon angesichts moderner wirtschaftlicher, staatlicher und technischer Entwicklungen irrational. Gleichzeitig bestand für Angell aber auch kein Zweifel, dass Großbritannien für eine nachhaltig stabile Ordnung zu sorgen habe und damit eine größere Verantwortung als bisher zu übernehmen habe.

Bis zum Vorabend der Balkankriege hatten die Radikalliberalen, insbesondere die radikalliberale Presse, daher keine allzu hohe Meinung von der eigenen Außenpolitik.⁴⁶ Im Parlament, der Partei und im Kabinett wirkten jedoch die Doppelwahlen von 1910. Diese hatten zwar das radikalliberale Lager innerhalb der Partei gestärkt. Die Regierung insgesamt ging aber geschwächt aus den Wahlen hervor und war fortan auf die Zusammenarbeit mit den irischen Nationalisten angewiesen.⁴⁷ Dies ließ die Parteiflügel näher zusammenrücken. So kritisierte die liberale Presse zwar weiterhin den außenpolitischen Kurs Greys, aber seine bisherigen Kritiker im Unterhaus und im Kabinett hielten sich weitgehend zurück. Das hatte zum einen mit Parteiräson und Professionalität im Amt, zum anderen aber auch mit einem Mangel an Prinzipientreue Einzelner zu tun. Winston Churchill zum Beispiel, der als Innenminister zunächst die radikalliberale Kritik teilte und jede Form weiterer Rüstungen und Kostenexplosionen scharf kritisiert hatte, wollte mit seiner Berufung zum Ersten Zivillord der Admiralität (23.10.1911) nichts mehr von Einsparungen wissen und schrieb sich sogar eine noch größere Aufrüstung auf die Fahnen. Schatzkanzler David Lloyd George, der für gewöhnlich ebenfalls eher zum Lager der Radikalliberalen zu rechnen war, verdeutlichte seine Entschlossenheit und seine Unterstützung Greys etwa mit seiner Mansion House Rede (21.7.1911), mit der er die zweite Marokkokrise durch die britische Einmischung auf die Spitze getrieben hatte.

Die liberale Pressekritik an Grey verflachte schlagartig, als Grey Ende 1912 scheinbar eine Kehrtwende vollzog und sich Deutschland annäherte, um das

45 Our Duty to Europe, *The Nation*, 15.3.1913, S. 977 f.

46 Henry Massingham, The personality of Sir Edward Grey, *The Nation*, 20.1.1912, S. 648-650.

47 Wahlergebnisse vom Februar 1910 - Liberal Party: 275 Sitze, Conservatives: 273, Labour: 42, Irish Nationalists: 82; vom Dezember 1910 - Liberal Party 272, Conservatives 272, Labour: 42; Irish Nationalists: 84. David Butler/Jennie Freeman: *British Political Facts, 1900-1967*. 2. Aufl. London 1968, S. 140.

Konzert auf der Londoner Konferenz zur Lösung der Balkanproblematik wiederzubeleben.⁴⁸ Seither glaubten die Radikalliberalen offenbar, Grey überzeugt und außenpolitisch auf ihrer Seite zu haben.⁴⁹ Das Vertrauen ging soweit, dass die aus Protest gegen die Politik in der Marokkokrise 1911 gegründete Foreign Affairs Group Arthur Ponsonbys, Noel Buxtons und Josiah Wedgwoods, die Grey parlamentarisch an die Kandare nehmen wollte,⁵⁰ bis 1914 längst in der Bedeutungslosigkeit verschwunden war.

Ein weiterer Grund für die relative Sorglosigkeit nach dem Attentat von Sarajewo war der inzwischen verbreitete „Norman Angellism“, zurückgehend auf dessen Publikation „The Great Illusion“ (1910).⁵¹ Die Annahme, die auch Henry Noel Brailsford in *The War of Steel and Gold* (1914) noch einmal bestätigte, war, dass sich große Kriege finanziell schlichtweg nicht mehr rechneten und dass auch die vergangenen, glimpflich ausgegangenen Krisen belegten, dass die stetig wachsende internationale Vernetzung gewaltsame Konflikte immer unwahrscheinlicher machen werde. „Er werde schlichtweg keine Kriege mehr zwischen den sechs Großmächten geben“, lautete die Feststellung Brailsfords wenige Monate, bevor es zur „Urkatastrophe“ kommen sollte.⁵² Darüber hinaus, und das kam dann ab dem 23. Juli in der Presse bzw. ab dem 27. Juli verstärkt im Parlament zum Tragen, erinnerten die liberalen Interventionsgegner an den traditionellen britischen Isolationismus und das seit den 1890er Jahren stark verankerten Kleinengländertum (Little Englandism). Sich für ein Attentat in einer obskuren bosnischen Stadt in einen Großkrieg verwickeln zu lassen, schien bei einigen Wortführern wie Arthur Ponsonby selbst nach dem Krisenverlauf bis zuletzt nicht nur abwegig, sondern vollkommen irrational.⁵³

- 48 „The credit belongs in equal parts to the statesmen of Germany and Sir Edward Grey. They have found at least a consciousness of their common duties [...].“ *The Triumph of the Concert*, *The Nation*, 10.5.1913, S. 216 f. Vgl. Christel Gade: *Gleichgewichtspolitik oder Bündnispflege? Maximen britischer Außenpolitik (1909-1914)*. Göttingen 1997, S. 173-184.
- 49 *The Triumph of the Concert*, *The Nation*, 10.5.1913, S. 216 f. Taylor, *Trouble Makers* (wie Anm. 16), S. 127 f.; vgl. zu diesem Komplex vgl. Andreas Rose: When „Illusion“ met Reality – British Liberalism and the Balkan Wars 1912/13, in: Dominik Geppert/William Mulligan/Andreas Rose (Hrsg.), *The Wars before the War 1912/13*, Cambridge, erscheint voraussichtlich im Herbst 2014.
- 50 Buxton und Ponsonby im Unterhaus, 14.12.1911, Hansard, *Parliamentary Debates*, Bd. 32, Sp. 43-166, Sp. 2543-2662; Philip Morrell, *The Control of Foreign Affairs. The Need for a Parliamentary Committee*, in: *Contemporary Review*, 102 (1912), S. 659-667; *Towards a Liberal Foreign Policy*, *The Nation*, 19.10.1912, S. 125 f.
- 51 Vgl. Paul Laity: *The British Peace Movement 1870-1914*. Oxford 2002.
- 52 Henry Brailsford, *The War of Steel and Gold*, London 1914, S. 35.
- 53 *Manchester Guardian*, 27.7.1914, zit. nach Watt, *British Reactions* (wie Anm. 25), S. 246. Vgl. Unterhausdebatte, 3.8.1914, Hansard, *Parliamentary Debates*, 5. Serie, Bd. 65, Sp. 1876-1877.

I, 2. Die Entscheidung zum Krieg – liberale Parteiräson und „the foul-fetish of Balance of Power“⁵⁴

In ihre entscheidende Phase trat die Julikrise mit dem österreichisch-ungarischen Ultimatum an Serbien. Generell hießt die liberale Presse das Wiener Vorgehen für „gerechtfertigt“, auch was die Maßnahme selbst und die Schärfe des Tones anbetrifft. Der Manchester Guardian, die Daily News und der Daily Chronicle erklärten unisono, dass Serbien gegenüber einer traditionellen Großmacht nicht satisfaktionsfähig sei und zum Wohle des „Konzerts“ zurückstehen müsse.⁵⁵ Serbien, und das ist nach wie vor hervorzuheben, galt 1914 auch in liberalen Augen nicht als Großmacht. Vielmehr zählte es wie die anderen Balkanstaaten vielen als Manövriermasse zur Stabilisierung der Großmachtverhältnisse und hatte im Sinne des klassischen Konzertdenkens folglich nicht denselben Anspruch auf Wahrung seiner Souveränität wie die Großmächte. Mit anderen Worten war eine Strafaktion nicht nur nach deutschem oder österreichischem Verständnis solange legitim, wie es das Gesamtkonzert nicht in Mitleidenschaft zog.⁵⁶ Während bei den konservativen Blättern die Stimmung mit der serbischen Antwort endgültig kippte, die Times, der Globe, der Daily Telegraph und die Morning Post eine deutsche Verschwörung erkannten bzw. Wien vorwarfen, den Mord von Sarajewo als Vorwand für einen „aggressiven Akt“ gegen Serbien zu instrumentalisieren,⁵⁷ betonten die liberalen Zeitungen daher weiterhin, das die Ursache letztlich in Serbien zu suchen sei. „Serbia is a nuisance to Europe“, hieß es im Guardian.⁵⁸ Auch die Westminster Gazette verlangte die britische Neutralität: „We care as little for Belgrade as Belgrade for Manchester“. Am 1. August wünschte sich das Blatt, Serbien möge doch bitte gefesselt und in den Ozean versenkt werden, und in der Daily News hieß es bereits am 30. Juli: „We must not have our western civilization drowned in a sea of blood in order to wash out a Serbian conspiracy“.⁵⁹ Für Norman Angell stand fest, dass sich Großbritannien entscheiden müsse zwischen Deutschland, einem Staat „of 65 Million highly civilized citizens given mainly to the arts of trade and commerce“ oder einer „slavonic federation of

54 John Bright, zit. von Edmund D. Morrell in seiner Unterhausrede, 3.8.1914, Hansard, Parliamentary Debates, 5 Serie, Bd. 65, Sp. 1837.

55 „We think Austria the better civilizing influence“, The Nation, 1.8.1914, zit. nach: Taylor, Trouble Makers (wie Anm. 16), S. 127. Vgl. Watt, British Reactions (wie Anm. 24), S. 245.

56 Das war eine Argumentation, die kaum hoch genug einzuschätzen ist und auch in den heutigen Debatten etwa um die vermeintlich zu kritische Sicht auf Serbien vielfach unbeachtet bleibt. Vgl. dazu auch die ähnlichen lautenden konservativen Stimmen bis zum 26.7.1914 in der Pall Mall Gazette, dem Daily Telegraph, der Daily Mail, dem Observer und der Morning Post, zit. nach: Watt, British Reactions (wie Anm. 25), S. 245.

57 Vgl. ebd., S. 246.

58 Manchester Guardian, 27.7.1914, zit. nach: ebd.

59 Manchester Guardian und Daily News, 30.7.1914, zit. nach: ebd.

say 200 Million autocratically governed subjects with a very rudimentary civilization".⁶⁰ Bei der Gründung der Neutrality League am 28. Juli spitzte er noch einmal zu: „If we are successful in securing the victory of Russia [...] we shall upset the balance enormously, by making her the dominant military power in Europe.⁶¹ Edmund Dene Morel und Arnold Rowntree verwiesen wiederholt auf die Gefahren des russischen Despotismus und die russische Bedrohung in Asien. Sie pflichteten Angell im Parlament uneingeschränkt bei.⁶²

Diese öffentliche Diskussion spiegelte sich auch am Kabinettstisch in der Downing Street wider. Hier konzentrierte sich die Argumentation zunächst auf die Frage Russland und Frankreich oder Deutschland. Außenminister Grey, so geht aus dem detaillierten Morley Memorandum hervor, drohte bereits in der ersten Sitzung nach dem Wiener Ultimatum (24.7.) seinen Rücktritt für den Fall an, sollte sich das Kabinett gegen eine britische Intervention auf Seiten der Entente entscheiden.⁶³ Gedrängt von seinen Mitarbeitern Arthur Nicolson und Eyre Crowe, die beide einen unmissverständlichen und bedingungslosen Beistand Frankreichs forderten,⁶⁴ erklärte Grey Deutschland schnell zu einem „Aggressor, im Stile Napoleons“.⁶⁵ Außerdem, und das war entscheidend, hätte er die englische Unterstützung im Kriegsfall bereits 1912 gegenüber dem französischen Botschafter Cambon zugesagt. Während Winston Churchill, Henry Herbert Asquith und Richard Burdon Haldane (Lord Chancellor) diese anfängliche Ansicht Greys teilten und sich für eine Intervention aussprachen und insbesondere Churchill sich „sehr kriegerisch“ gab,⁶⁶ schien sich der Außenminister im Verlauf der Kabinettsitzungen seiner Sache alles andere als sicher. Noch am 31. Juli schlug er, wohl aus Sorge vor dem wirtschaftlichen Ruin durch einen Krieg,⁶⁷ beispielsweise vor, Deutschland möge doch dafür sorgen, dass Wien dem Zarenreich etwas anbieten solle und falls dieses dann ablehne, könne sich England von Russland lösen.⁶⁸ Am nächsten Vormittag wiederum unterstützte er die kriegerische Stimmung Churchills vorbehaltlos,⁶⁹ nur um einen Tag später zunächst zu verkünden, dass eine Truppenentsendung nach Frankreich nach der Neutralitätsbekundung Italiens nicht mehr

60 Norman Angell, The Menace of War, The Times, 1.8.1914, S. 6.

61 Zit. nach: Taylor, Trouble Makers (wie Anm. 16), S. 128.

62 Hansard, Parliamentary Debates, 5. Serie, Bd. 65, Sp. 1846.

63 Patrick Jackson: Morley of Blackburn, Lanham 2012, S. 452; Wilson, British cabinet's Decision (wie Anm. 21), S. 150-151.

64 Vgl. Steiner/Neilson, Britain (wie Anm. 12), S. 229-257; Valone; There must be (wie Anm. 21), S. 405-424.

65 Morley, Memorandum, (wie Anm. 4), S. 4.

66 Harcourt, Cabinet Notes, 1.8.1914, NL Harcourt, BOD.

67 Randnotiz Henry Wilsons an einem Telegramm von Sir George Buchanan an das Foreign Office, 31.7.1914, NL Henry Wilson, Imperial War Museum, HHW 3/8/4.

68 Harcourt, Cabinet Notes, 31.7.1914, NL Harcourt, BOD .

69 Harcourt, Cabinet Notes, 1.8.1914, ebd.

nötig sei und wenig später eine feste Zusicherung an Cambon zu geben.⁷⁰ Während Grey sich änderte, letztlich aber doch auf einem Interventionskurs blieb, organisierte Kolonialminister Lewis Harcourt die Stimmen gegen eine britische Kriegsbeteiligung: neben ihm selbst John Morley, Earl Beauchamp, McKinnon Wood, C. Hobhouse, J. Pease, John Burns, Charles Trevelyan, Herbert Samuel, Sir John Simon und David Lloyd George. Lediglich Walter Runciman und Charles Masterman galten als ungewiss.⁷¹ Die alte Spaltung zwischen Gladstonians und Liberal League, so empfand es Morley, aus Zeiten des Burenkrieges wurde nun wieder sichtbar.⁷² Insbesondere Harcourt und Morley galten den Liberalen Imperialisten trotz aller öffentlicher Wertschätzung schon lange als unzuverlässig, hatte man sie doch bereits zu der wichtigen Sitzung des Committee of Imperial Defence am 23. August 1911 absichtlich nicht eingeladen, als es um die Frage einer britischen Expeditionsstreitmacht zur Unterstützung Frankreichs gegangen war.⁷³ Entscheidend für die Abweichler war, ob sich die Befürworter klar machten, was eine Niederlage der Mittelmächte bedeuten würde:

„Have you ever thought, what will happen if Russia wins? If Germany is beaten and Austria is beaten, it is not England and France who will emerge pre-eminent in Europe. It will be Russia. Will that be good for Western civilisation? [...] Germany is unpopular in England, but Russia is more unpopular still. And people will rub their eyes when they realise that Cossacks are their victorious fellow-champions for Freedom, Justice, Equality of Men (especially Jew man), and respect for treaties (in Persia for instance).“⁷⁴

Bis zum 1. August war dies die Hauptfrage, die die Reihen der Abweichler geschlossen hielt. Auch noch in der Vormittagssitzung des 2. August war die Mehrzahl gegen eine englische Beteiligung, obwohl nun die Frage der belgischen Neutralität akut geworden war. Henry Asquith erschienen die beiden Sitzungen an diesem Tag als ein „infinite kaleidoscopic chaos of opinions and characters“.⁷⁵ Nachdem sich das Kabinett auf die Abendstunden vertagte, kam es zu verschiedenen Aussprachen über die Mittagsstunden.⁷⁶ Als man sich um sieben Uhr abends noch einmal zusammensetzte, war die überwiegende Mehrheit des Kabinetts noch immer gegen einen englischen Kriegseintritt. Schließlich gewann allerdings, wie Asquith gegenüber Pamela McKenna später be-

70 Ebd.

71 Als unentschieden galten: Arthur Birrell (Chief Secretary of Ireland), Earl of Crewe (India Office), Reginald McKenna (Home Office).

72 Morley, Memorandum (wie Anm. 4), S. 7.

73 Jackson, Morley (wie Anm. 59), S. 447. Zu diesem C.I.D. Meeting vgl. Niall Ferguson: Der Falsche Krieg. Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert, Stuttgart 1999, S. 103.

74 Morley, Memorandum (wie Anm. 4), S. 6.

75 Zit. nach: Lambert, Planning Armageddon (wie Anm. 2), S. 195.

76 Harcourt, Cabinet Notes, 1.8.1914, NL Harcourt, BOD.

tonte, die parteipolitische Räson die Oberhand.⁷⁷ Von einem öffentlichen Parteitreffen jedoch sah man aus Rücksicht auf Edward Grey ebenso ab wie von einer offiziellen parlamentarischen Anfrage vor Montag dem 3. August.⁷⁸ Vielleicht, so ist zu vermuten, hätte ein großer Parteitag, bei dem sowohl das Für und Wider einer Beteiligung als auch alternative Strategien der Vermittlung erörtert worden wären, einen zusätzlichen Zeitgewinn für den britischen Kriegseintritt und den Krieg selbst erbracht. Denkbar wären hier eine deutlichere Warnung an die Mittelmächte, eine Verweigerung oder zusätzliche Bedingungen gegenüber Frankreich oder zumindest Russland, eine abwartende und zunächst neutrale Haltung oder eine begrenzte Beteiligung nur mit der Flotte in Form einer Schließung des Kanals zum Schutz der französischen Küste gewesen, wie sie Grey kurzzeitig in den Raum geworfen hatte. Auch ein ausgedehnter Handelskrieg, wie er tatsächlich bereits für den *casus belli* seit 1908 entwickelt worden war, stand zur Wahl.⁷⁹ Schließlich wurde diese Option erst in der ersten Augustwoche nach dem Protest Washingtons und der Londoner City *ad acta* gelegt.⁸⁰ Im Kabinett ging es zu diesem Zeitpunkt jedoch vornehmlich um den Partei- und Regierungszusammenhalt für einen bereits sicher erwarteten Konflikt. Nachdem Burns eine Unterstützung Frankreichs kritisierte, fürchtete Walter Runciman am Abend des 1. August: „This is going to break us up to-morrow“.⁸¹ Als die Tories jedoch am 1. und nochmals am 2. August Premierminister Asquith ihre feste Unterstützung auch für den Fall einer Kabinettspaltung zusagten und „dies für alle Maßnahmen zur Unterstützung Frankreichs und Russlands“⁸² zusicherten, waren die Würfel gefallen. Es machte für die Abweichler offenbar keinen Sinn mehr, sich gegen eine Intervention zu stemmen, zurückzutreten, die Parteispaltung zu riskieren, nur damit die Konservativen dann im Rahmen einer Koalition mit den Liberalen Imperialisten England doch in den Krieg führen würden. Das, so war man sicher,

77 Asquith an Pamela McKenna, zit. nach: ebd., S. 195. Vgl. Wilson, British Cabinet's decision (wie Anm. 22), S. 148-159.

78 Arthur Ponsonby an Winston Churchill, 31.7.1914, Churchill Papers, Churchill College Archive Centre Cambridge, NL Churchill, CHAR 2/64/3. Abgedruckt in: Randolph S. Churchill (Hrsg.): Winston Churchill, Companion Bd. 2/3: 1911-1914, London 1969, S. 1990 f. Grey setzte gegenüber Ponsonby auf Zeitgewinn und wollte sich erst am Montag, dem 3. August zu den britischen Verpflichtungen öffentlich äußern. Es ist zu vermuten, dass er seine weitgehenden Zusagen an Cambon umgehen wollte. So der Eindruck aus: Lewis Harcourt, Cabinet Notes, 31.7.1914, NL Harcourt, BOD.

79 Harcourt, Cabinet Notes, 1.8.1914, NL Harcourt, BOD.

80 Lambert, Planning Armageddon (wie Anm. 2), S. 232ff.

81 Morley, Memorandum (wie Anm. 4), S. 8.

82 Salisbury an Churchill, 1.8.1914, Churchill College Archive Centre, NL Churchill, CHAR 2/64/7; A. Bonar Law an Asquith, 2.8.1914, privat, NL Lloyd George, HLRO, LG/C/6/11/20.

„wäre der sichere Tod des Liberalismus“.⁸³ Wenn man schon in einen Krieg gehe, dann sollte es ein liberaler sein!

Die belgischen Integrität hatte bis dahin lediglich „zweitrangige Bedeutung“.⁸⁴ Schließlich hatte man noch in der morgendlichen Sitzung trotzdem eine englische Beteiligung abgelehnt. Erst die nachmittäglichen Gespräche zwischen den beiden Sitzungen hatten das Pendel zugunsten der Parteiräson ausschlagen lassen. Vieles deutet somit darauf hin, dass es sich bei der belgischen Frage daher in erster Linie um eine „Schaufensterware“ handelte, um den Interventionsgegnern im Kabinett und im Parlament mithilfe eines klassisch liberalen Grundsatzes wie der Vertragstreue und des Schutzes kleinerer Staaten eine Brücke zu bauen. Weder aus der öffentlichen Meinung, wie Grey in seiner Rede vom 3. August behauptete, noch in den Diskussionen des Kabinetts war bis zu diesem Zeitpunkt überhaupt eine Einstellung dazu abzulesen. Grey avancierte mit seiner Unterhausrede zu einem Agenda-Setter sowohl für die Zeitgenossen als auch die Historiker, denn erst jetzt wurde Belgien von der Presse intensiver thematisiert. In seiner Rede, die das Königreich in den Ersten Weltkrieg führte, verlor der Außenminister kein Wort über mögliche eigene Versäumnisse oder Entspannungsinitiativen. Stattdessen hob er die moralische Verantwortung gegenüber Paris hervor, welches seine Atlantikküste im Vertrauen auf die Royal Navy entblößt hätte, wenngleich er gebetsmühlenartig betonte, dass die Entente England zu nichts verpflichtete.⁸⁵ Für Grey war es nicht eine Rede zur Begründung für den englischen Kriegseintritt, sondern vielmehr die erste Rede als Kriegsteilnehmer. Ihm gelang es, die Frage von Deutschland oder Russland, über die sich gerade seine radikalliberalen Kollegen den Kopf zerbrachen, auf Deutschland oder Frankreich zu lenken. Dass er während seiner gesamten Amtszeit sowohl Russland als auch Frankreich immer wieder den Eindruck britischer Treue vermittelte hatte,⁸⁶ damit gleichzeitig seinen eigenen Vermittlungsspielraum eingeengt und auch die russischen und französischen Friedensanstrengungen nicht gerade gefördert hatte, wird bis heute immer wieder übersehen.⁸⁷ Morley stand indes nicht allein mit der Ansicht, dass es vor allem um die Bündnistreue ging, und dass Grey das Kabinett „sehr kunstvoll über die letzten Jahre hinweg, Schritt für Schritt in einen Krieg

83 Christopher Addison, *Four and a Half Years. Personal Diary from June 1914 to January 1919*. Bd. 1 London 1934, S. 35; Wilson, *Downfall* (wie Anm. 7), S. 23.

84 Morley, *Memorandum* (wie Anm. 4), S. 10. Siehe auch: Harcourt, *Cabinet Notes*, NL Harcourt, BOD.

85 Grey im Unterhaus, 3.8.1914, Hansard, *Parliamentary Debates*, Bd. 65, 5. Serie, Sp. 1810-1827.

86 Vgl. dazu: Rose, *Empire oder Kontinent* (wie Anm. 6).

87 Vgl. etwa: Gerd Krumeich: Juli 1914. Eine Bilanz. Paderborn 2013; Margaret MacMillan: *The War that ended Peace. How Europe Abandoned Peace for the First World War*. London 2013.

für Frankreich und Russland getrieben habe“.⁸⁸ „England fights a war on behalf of France, the noblest member of the European family, and for Serbia, the basest“.⁸⁹ Morleys Rücktrittsbegründung und die zahlreiche Anerkennung, die er dafür erhielt, spiegelt deshalb das Dilemma der Liberalen im Juli 1914 wider.⁹⁰ Eine Spaltung wurde ebenso als Abgesang betrachtet wie sein Rücktritt als Fanal für die Überlebensfähigkeit des Liberalismus insgesamt.⁹¹

Am Morgen des 3. August – der konservative Lord Milner verwünschte diese „radikalen Pazifisten bereits in die Hölle“⁹² – lichteten sich schließlich die Reihen der Abweichler. Ein wichtiger Umstand dafür, dass sich die Mehrheit zu einer militärischen Intervention entschloss, scheint der Schwenk Lloyd Georges gewesen zu sein, den die Radikalliberalen bis dahin trotz seiner Mansion House Rede als einen der ihnen betrachtet hatten und der wiederholt zwischen den Flügeln vermittelt hatte. Nun stellte er, der nach eigenem Bekunden „niemals überhaupt darüber nachgedacht habe, ob man mit dem Entschluss auch für das autokratische Russland kämpfe“,⁹³ die Parteiinteressen und den Machterhalt sowie die britische Einflussnahme auf eine eventuelle Nachkriegsordnung in den Vordergrund.⁹⁴ Damit folgte er der Argumentation Edward Greys, der ebenfalls wiederholt auf die Gefahren der Isolation im Falle eines Abseitsstehens angemahnt hatte.⁹⁵ Lediglich John Burns, John Morley und Charles Trevelyan blieben standhaft und verließen die Regierung. „The Entente“, so ihre Begründung, „was an alliance after all, no less real in Grey's mind because it was not written“.⁹⁶

Widerstand leisteten jetzt nur noch einige prinzipientreue Abgeordnete und Pressevertreter. Im Unterhaus erklärten sich 19 Abgeordnete von den Liberalen und Labour alles andere als überzeugt von den Ausführungen des Außenministers. Zu wenig sei er auf die eigentliche Ursache des Konfliktes auf dem Balkan eingegangen und habe das autokratische Russland, dessen Mobilisierung, dessen aggressives Vorgehen gerade in Persien und dessen notorische

88 Morley, Memorandum (wie Anm. 4), S. 15.

89 The Nation, 8.8.1914, zit. nach: Taylor, Trouble Makers (wie Anm. 16), S. 127.

90 Morley selbst empfand den Zuspruch, aber auch die Kritik an seinem Entschluß als „zermürbende Tage“, Morley an Massingham, 6.8.1914, NL Massingham, Norfolk Record Office, MS 41/98/48, 604.

91 Lewis Harcourt an John Morley, 6.8.1914, NL Morley, BOD, Ms Eng. D. 3585, fols 122-123; Arthur Acland an Morley, ebd., fols. 131-132; C.P. Scott an Morley, ebd., fols. 142-143. Vgl. dazu auch: Lewis Harcourt, Cabinet Notes, 31.7.1914-2.8.1914, NL Lewis Harcourt, BOD.

92 Milner, an Wilson, 3.8.1914, NL Henry Wilson, Imperial War Museum, HHW 1/73/39.

93 Morley, Memorandum (wie Anm. 4), S. 6.

94 J.L. Garvin an Lloyd George, privat und vertraulich, Sunday, August 1914; NL Lloyd George, HLRO, LG/C/4/13/3. J.L. Garvin an Lloyd George, 1.3.1915, HLRO, LG/C/4/13/4.

95 Morley, Memorandum (wie Anm. 4), S. 7.

96 Hazlehurst, Politicians at War (wie Anm. 1), S. 123.

Vertragsbrüche mit keiner Silbe erwähnt.⁹⁷ Wie Morley im Kabinett, so äußerten die Parlamentarier, dass man nicht vergessen dürfe, mit einer Kriegsbeteiligung nicht nur Frankreich, sondern insbesondere den russischen Despotismus zu unterstützen.⁹⁸ Da Deutschland versprochen habe, die Integrität Belgiens nicht anzutasten und auch Frankreich nicht an der Atlantikküste anzugreifen, seien die Ausführungen Greys zur moralischen Verpflichtung gegenüber Paris irrelevant.⁹⁹ Angesprochen wurde ferner der jahrelange anti-deutsche Kurs Edward Greys im Vergleich zu dessen viel zu nachsichtiger Frankreich- und Russlandpolitik, die größere Nähe zu Deutschland als zu Russland, die gelungene Kooperation während der Balkankriege,¹⁰⁰ sowie die allgemein kritisierte Geheimdiplomatie, die überhaupt für die Lage verantwortlich sei, wie auch der „foul-fetish of Balance of Power“.¹⁰¹ Statt kopflos in einen Krieg zu stolpern, dessen Konsequenzen nicht abzusehen seien, plädierten die liberalen Abgeordneten dafür, die deutsche Versicherung einer Integrität Belgiens zu akzeptieren und einen zeitlich begrenzten Durchmarsch zu gestatten.¹⁰²

Bis heute wird die englische Entscheidung zum Krieg als eine Art Notwehr betrachtet.¹⁰³ Die vernachlässigten Einwände der Radikalliberalen zeichnen dagegen ein differenzierteres Bild. Sie verweisen nicht nur auf die lange Phase britischer Vorkriegspolitik, die allzu einseitig die Entente pflegte und das Konzert vernachlässigte, sondern auch darauf, dass die Entscheidung alles andere als eindeutig war. So sehr die belgische Frage im Nachgang vornehmlich in der öffentlichen Debatte eine Rolle spielte, so wenig war sie das entscheidende Kriterium im Kabinett. Bedeutsamer war dagegen die von Edward Grey eigenmächtig entschiedene und privat, am Kabinett vorbei, geleistete moralische Unterstützung Frankreichs in den Vorkriegsjahren und der Julikrise. Die Unterhausrede des englischen Außenministers belegt zudem, wie sehr im Moment der Krise aus moralischen Verpflichtungen schnell politisch-militärische Verpflichtungen abgleitet wurden. Beschränkten sich die Zusagen anfangs noch auf die französische Atlantikküste, so definierte Grey bald die Integrität

97 Rowntree im Unterhaus, 3.8.1914, Hansard, Parliamentary Debates, 5. Serie, Bd. 65, Sp. 1846-1848.

98 MacDonald im Unterhaus, 3.8.1914, ebd., Sp. 1831 f..

99 Morell im Unterhaus, 3.8.1914, ebd., Sp. 1834 f..

100 Outhwaite im Unterhaus, 3.8.1914, ebd. Sp. 1861ff.

101 Molteno im Unterhaus, 3.8.1914, ebd., Sp. 1849-1853; Morell im Unterhaus, 3.8.1914, ebd., Sp. 1837.

102 Morell und Wedgwood im Unterhaus, 3.8.1914, ebd., Sp. 1834-1839.

103 Zuletzt: Michael Epkenhans, Interview, „Ein sehr gefährliches Spiel“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, [http://www.bundestag.de/dasparlament/2013/01-03/Themenausgabe/48461627.html] (Aufgerufen, 10.12.2013) und John C.G. Röhl, Wie Deutschland 1914 den Krieg plante, Süddeutsche Zeitung, 5.3.2014 [http://www.sueddeutsche.de/politik/ausbuch-des-ersten-weltkriegs-wie-deutschland-den-krieg-plante-1.1903963] (Aufgerufen am 5.3.2014).

Frankreichs insgesamt als eine Frage der britischen Ehre.¹⁰⁴ Dass damit eine automatische Kopplung an das Zarenreich verbunden war, bereitete den Liberalen die größten Probleme. Was als Greys größte Rede in die Geschichte eingehen sollte, war deshalb bei näherer Betrachtung ein Lavieren. Während er Russland mit keinem Wort erwähnte, arbeitete er sich über eine Stunde an den vermeintlich nicht vorhandenen Verpflichtungen gegenüber Frankreich ab, die er selbst dann auch wieder relativierte, indem er die deutsche Bereitschaft erklärte, Frankreich nicht an der Atlantikküsten angreifen zu wollen.¹⁰⁵ So blieb letztlich nur der direkt an seine Parteigenossen gerichtete Appell, der moralischen Autorität Gladstones zu erinnern und sich für die belgische Neutralität zu engagieren: „We are going to suffer, I am afraid terribly in this war, whether we are in it or whether we stand aside“.¹⁰⁶ Der Gedanke, dass London selbst im Falle der Neutralität seinen Spielraum behielt, ein vorzeitiges Ende der Kampfhandlungen zu erwirken, kam ihm offenbar ebenso wenig in den Sinn wie die Gefahr, dass durch die britische Teilnahme aus einem „dritten Balkankrieg“ ein Weltkrieg werden konnte. Entscheidend war das britische Prestige und die Bündnispflege: „If we [...] would stand aside, we should, I believe, sacrifice our respect and good name and reputation before the world, and should not escape the most serious and grave economic consequences“.¹⁰⁷

II. Die Liberalen im Krieg

II,1. Die Unterhöhlung liberaler Prinzipien und der Ruin der Friedenspartei

Bei Kriegsausbruch hatte sich die Liberale Partei bereits neun Jahre im Amt befunden. Sie hatte drei Wahlen gewonnen und längst überfällige Reformen umgesetzt sowie eine mögliche Parteispaltung mehrfach verhindert. Während des vierjährigen Krieges, der alle Ressourcen des Landes und der britischen Gesellschaft in Anspruch nahm, wurden die klassisch liberalen Prinzipien bei dem Versuch überdehnt, sie mit den Erfordernissen des „totalen Krieges“ in Einklang zu bringen. Friede, Nicht-Intervention, Freihandel, soziale Reformen, Home Rule für Irland und der Schutz des Einzelnen und seiner Freiheitsrechte gehörten zu den ersten „Kriegsopfern“. Sie waren unvereinbar geworden mit der Kriegserklärung an die Mittelmächte, der nun nötigen nationalistischen Propaganda, die man seit jeher abgelehnt hatte, mit der ebenfalls stets

104 Grey im Unterhaus, 3.8.1914, Hansard, Parliamentary Debates, 5. Serie, Bd. 65, Sp. 1810, bes. Sp. 1858; Keir Hardy im Unterhaus, 3.8.1914, ebd., Sp. 1841.

105 Grey im Unterhaus, 3.8.1914, ebd., Sp. 1818.

106 Ebd., Sp. 1823.

107 Ebd., Sp. 1825, vgl. dazu: Morris, Radicalism against War, S. 415-418; McMeekin, July 1914 (wie Anm. 24), S. 362-372.

abgelehnten allgemeinen Wehrpflicht, mit den explodierenden Kosten, die jeder liberalen Haushaltspolitik widersprachen usw. Noch am gleichen Tag, als Grey seine Unterhausrede hielt, protestierte mit dem „Neutrality Committee“ eine kleine Gruppierung liberaler Intellektueller öffentlich gegen eine englische Kriegsbeteiligung. Die „British Neutrality League“, getragen von herausragenden Persönlichkeiten wie Lord Welby, the Lord Provost of Glasgow, the Lord Mayor of Manchester, the Bishop of Hereford und Charles P. Scott vom Manchester Guardian, schaltete eine landesweite Anzeigenkampagne: „Englishmen, do your duty and keep your Country out a wicked and stupid war“ und proklamierten, dass die „Verletzung der belgischen Neutralität keinen ausreichenden Grund darstelle, um England in den Krieg zu bringen“.¹⁰⁸ „The War Party does not tell the truth. The facts are these:

1. If we too side with Russia and France the Balance of Power would be upset as it has never been done. It would make the military Russian empire of 160,000,000 the dominant power of europe. You know the kind of country Russia is.
2. We are not bound to join in a general European war to defend the neutrality of Belgium. [...] And if we are to fight for the neutrality of Belgium, we must be prepared to fight France as well as Germany.
3. The Prime Minister and Sir Edward Grey have both emphatically and solemnly declared in the House of Commons that we have no undertaking whatever, written or spoken, to go to war for France. We discharged our obligations in the Morocco affair. The Entente cordiale was a pact of peace and not alliance of war.
4. If Germany did attempt to annex a part of Belgium, Holland or Normandy – and there is no reason to suppose that she would attempt such a thing – she would be weaker than she is now, for she would have used all her forces for holding her conquests down. [...] It would be monstrous to drag this country into war on so vague a suspicion“.

Es folgten Protestveranstaltungen im ganzen Land und während eine Reihe von liberalen Cambridge-Gelehrten den Kriegsgrund öffentlich anzweifelten, erarbeiteten ihre konservativen Kollegen aus Oxford eine Begründungsschrift „Why we are at War“ und zeichneten das kaiserliche Deutschland dabei als neue napoleonische Herausforderung.¹⁰⁹ Die Nation betonte dagegen noch am 15. August, dass die nun drohende russische Hegemonie eine weitaus größere Gefahr für die liberalen Freiheitsrechte in Europa bedeute als eine vermeintliche deutsche Hegemonie, die ohnehin bereits seit längerem immer unwahr-

108 Manchester Guardian, 3.8.1914; Daily News & Reader, 5. August 1914. Ich danke Frau Carina Matiszik für den Hinweis auf diese landesweite Anzeigenkampagne. Dort auch die folgenden Zitate.

109 Members of the Oxford Faculty for Modern History: Why we are at War. Great Britain's Case. Oxford 1914.

scheinlicher geworden sei.¹¹⁰ Nicht nur der Economist hatte nämlich längst errechnet, dass es dem Kaiserreich schlachtweg an den Mitteln zu einer vermeintlichen napoleonischen Hegemonie über Europa mangelte.¹¹¹

Augenscheinlich wurde die Aushöhlung liberaler Grundsätze sogleich im Defence of the Realm Act (DORA) noch im August 1914.¹¹² Dieser schränkte die persönlichen Freiheitsrechte der Briten massiv ein und garantierte die staatliche Einflussnahme in nahezu alle Lebensbereiche. Dieser Act bildete u.a. die Grundlage für eine umfassende Preszensur. Alle Briten mussten von nun an Ausweise bzw. Reisepässe beantragen. Im Zuge der kriegsbedingten Maßnahmen stieg die Einkommensteuer um 1200 % von sechs Pence auf sechs Schillinge. Lebensmittel wurden rationiert, Alkohol und Tabak wurden exzessiv besteuert, der freie Handel von Waren wurde dirigiert und kontrolliert. Das Streikrecht wurde aufgehoben und Arbeiter wurden etwa zur Munitions- und Waffenproduktion zwangsverpflichtet.¹¹³

Wie gravierend der Bruch mit den liberalen Prinzipien während des Krieges war, beweist vor allem die Frage der allgemeinen Wehrpflicht.¹¹⁴ Obwohl sich gerade zu Beginn des Krieges enorm viele freiwillig zu den Waffen gemeldet hatten, konnten diese die immensen Verluste an der Westfront gegen Ende 1915 nicht mehr auffangen. Anfang 1916 sah sich Asquith deshalb zum Military Service Act im Rahmen von DORA gezwungen. Der Service Act verpflichtete alle Männer im Alter von 18 bis 41 Jahren zum Wehrdienst. 50 prinzipienfeste Liberale wehrten sich noch im Unterhaus gegen die Einführung der Wehrpflicht, aber angesichts der Kriegslasten wurde die Gesetzesvorlage schließlich mithilfe des Liberal War Committees (LWC) mit einer großen Mehrheit angenommen.¹¹⁵ Das Komitee deutete einmal mehr auf eine zunehmende Spaltung der Liberalen hin. Während die Einführung der Wehrpflicht, so die Begründung der Gegner, in eklatanter Weise gegen den liberalen Grundsatz individueller Freiheitsrechte verstößt, begründeten die LWC-Mitglieder dies mit der außergewöhnlichen Kriegssituation und verwiesen auf den spezifischen Patriotismus, den auch die Liberale Imperialisten während des Bu-

110 The Nation, 15.8.1914, zit. nach: Taylor, Trouble Makers (wie Anm. 16), S. 128.

111 The German Levy and Continental Armies, Economist, 8.3.1913, S. 566.

112 Defence of the Realm Act, 8.8.1914. Siehe Online Quelle: [http://www.nationalarchives.gov.uk/pathways/firstworldwar/first_world_war/p_defence.htm] (Aufgerufen 10.1.2014.).

113 Zu den Folgen von DORA siehe Spencer C. Tucker (Hg.), The Encyclopedia of World War I: A Political, Social, and Military History, Santa Barbara, Ca. 2005, Bd. 2, S. 341 f.; G.R. Searle: The Liberal Party: Triumph and Disintegration 1886-1926. London 1992; John Turner: British Politics in the Great War: Coalition and Conflict 1915-18. London 1992.

114 David Singeisen, Liberals and Armaments 1900-1918, in: Les Cahiers du Mimmoc 7, 2011: <http://mimmoc.revues.org/734> (Aufgerufen 10.10.2013.).

115 Vgl. Unterhausdebatte, Januar 1916, Hansard Parliamentary Debates, 5. Serie, Bd. 78, passim.

renkrieges für sich reklamiert hatten.¹¹⁶ Nichtsdestotrotz waren die parteiinternen Gräben nicht mehr zu übersehen. Das Gesetz bedeutete somit den Anfang vom Ende der Regierung Asquith, die schließlich im Dezember 1916 von David Lloyd George (bis dahin Munitionsminister) als Chef einer Koalitionsregierung abgelöst wurde.¹¹⁷ Die Ablösung spaltete die Partei nun endgültig in zwei Lager. Lloyd George profitierte dabei im besonderen Maße, weil er in der Öffentlichkeit als Gegner der Kriegsintervention vom August 1914 galt, der sich danach professionell den Herausforderungen stellte, während Asquith sich schon mit der Kriegsentscheidung gegen liberale Prinzipien gestellt habe und sodann eklatante Führungsschwächen offenbart hatte.¹¹⁸ Lloyd Georges Amtsführung, die fortan nahezu völlig ohne das Parlament auskam und sich demonstrativ auf außerparlamentarische Experten oder die Konservativen stützte, untergrub weiter die liberale Basis. Bis zum Kriegsende wurden nahezu alle liberalen Grundsätze über Bord geworfen: Während die Kriegsteilnahme bereits den Grundsatz der Friedenspartei strapaziert hatte, so zerstörte die flächendeckende Regulierung der Wirtschaft den Grundsatz des Freihandels, die Pressezensur wie auch die Wehrpflicht die individuellen Freiheitsrechte.

Die Rückwirkungen dieser offensichtlichen Verstöße gegen urliberale Prinzipien ließen nicht lange auf sich warten. Bereits Ende 1916 kam es zur „Leadership Crisis“ zwischen Asquith und Lloyd George, bei der sich 130 von 272 liberalen Abgeordneten gegen Asquith und für Lloyd George als neuen Premier entschieden, wobei Asquith weiterhin Parteiführer blieb. Das sorgte für die einmalige Situation, dass Asquith eine liberale Opposition gegen eine liberal-konservative Koalitionsregierung anführte, was schließlich für die Partei insgesamt zu massiven Problemen an der Wahlurne führte,¹¹⁹ so dass Herbert Gladstone nach den Wahlen von 1918 lamentierte:

“Masses of our best men passed away to Labour. Others drifted to Conservatism or independence. Funds were depleted and we were short of workers all over the country. There was an utter lack of enthusiasm or even zeal”.¹²⁰

Es gibt keinen Zweifel daran, dass die Liberalen zwischen 1914 und 1918 unwiederbringlich Terrain einbüßten. Die irischen Nationalisten, von denen die liberale Mehrheit im Unterhaus seit 1910 abhing, fühlten sich in der Frage

116 Matthew Johnson: The Liberal War Committee and the Liberal Advocacy of Conscription in Britain, 1914-1916, in: Historical Journal 51/2, 2008, 399-420.

117 Vgl. dazu: Wilson, Downfall (wie Anm. 7), S. 51-96.

118 Ebd., S. 38.

119 Die Anhänger Asquiths wurden 1918 auf 28 Sitze reduziert gegenüber 63 Labourabgeordneten und 133 liberalen Koalitionären und 335 Konservativen. Butler/Freemann, Political Facts (wie Anm. 47), S. 141.

120 Zit. nach: Charles S. Mack: When Political Parties Die. A cross national analysis of disalignment and realignment: Santa Barbara 2010, S. 172.

um Home Rule verraten und wandten sich Labour zu. Der anhaltende Widerstand gegen das Frauenwahlrecht und die Drangsalierung der Arbeiter und Gewerkschaften für die Kriegsproduktion kostete weiteren Boden zugunsten Labours. Und schließlich wurden die Liberalen vor allem außerhalb des Parlaments permanent an ihren außenpolitischen Sündenfall vom 3. August 1914 erinnert. Die Speerspitze eines alternativen Kurses war die Union of Democratic Control, kurz U.D.C.

II,2. Liberale „Pressure Groups“: Das Beispiel der Union of Democratic Control

Die Kriegsentscheidung einer liberalen Regierung blieb für viele ein Widerspruch in sich. Nicht nur in Anbetracht der genannten liberalen Grundpfeiler, sondern auch was die weitgehende Konzeptionslosigkeit einer Kriegsbeendigung anbetrifft.

An die Lösung dieser Frage machten sich indes nicht die abtrünnigen Kabinettsmitglieder. Morley und Burns zogen sich ins Privatleben zurück. Es waren vor allem Gruppierungen von Politikern und Intellektuellen außerhalb des etablierten Parteienspektrums, die sich weitergehende Gedanken über einen Ausweg aus dem Krieg machten. Der Historiker und Bruder des jungen Abweichlers Charles Trevelyan, George Macauley Trevelyan, lieferte eine Erklärung für den Rückzug einiger prominenter Radikalliberaler. Seinem Bruder riet er nämlich, es Morley und Burns gleichzutun. Es handele sich nun schließlich nicht mehr wie noch beim Krimkrieg oder dem Burenkrieg um einen der vielen „sporting wars“, sondern um einen totalen Konflikt auf Leben und Tod, bei dem es darauf ankäme, entweder die alte anti-napoleonische Geschlossenheit zu pflegen oder sich vollständig zurückzuziehen. „You will all be more effective for peace when the time comes if you show patriotism now and don't make yourself widely unpopular“.¹²¹ Den Kopf einzuziehen und den Sturm abzuwarten, war aber für Charles Trevelyan keine Option: Als Privatmann schloss er sich zunächst der bereits erwähnten „Neutrality League“ Norman Angells an und wurde am 6. August zum Vorsitzenden einer parlamentarischen Gruppe von 30, vornehmlich liberalen Abgeordneten gewählt mit dem Ziel, den „Kriegsverlauf scharf zu beobachten und sobald als möglich eine Friedensinitiative zu starten“.¹²² Zunächst als bloße parlamentarische Gruppierung angedacht, entwickelte sich daraus mit der Union of Democratic Control (U.D.C.) schnell eine breit angelegte Oppositiobbewegung gegen den

121 Zit. nach: Hazlehurst, Politicians at War, S. 124, Taylor, Trouble Makers (wie Anm. 16), S. 132 f.

122 Hazlehurst, Politicians at War (wie Anm. 1), S. 130.

Krieg. Getragen wurde die U.D.C. vor allem von Intellektuellen außerhalb des Parlaments.¹²³ Lediglich zwei radikalliberale MPs, Arthur Ponsonby und Charles Trevelyan, und zwei Mitglieder der Independent Labour Party gehörten zu den Gründungsmitgliedern. Herausragende Führungsfiguren waren daneben John A. Hobson, Norman Angell, Bertrand Russell, Lowes Dickinson und Edmund Dene Morel. Anlass war neben der nun in Gang gebrachten Kriegspropaganda der Times, der Morning Post oder des Globe die Veröffentlichung der diplomatischen Korrespondenz noch im August 1914.

Während die Tory-Presse eine von langer Hand geplante deutsche Konspiration hinter dem Krieg vermutete und die Julikrise als bloßen Vorwand zu einem „napoleonischen“ Abenteuer wertete,¹²⁴ plädierte die U.D.C. für eine nüchternere Betrachtung der Ereignisse. Grundlage bildete die bereits seit langem kritisierte imperialistische Großmacht- und Geheimdiplomatie, wie sie von John A. Hobson, Henry Massingham, Leonard Courtney in Blättern wie der Nation, dem Manchester Guardian oder der Fortnightly Review und in verschiedenen Einzelpublikationen angeprangert worden waren. Vor allem Lord Leonard Courtney fuhr geradezu aus der Haut, als er nach der Veröffentlichung des Weißbuches am 8. August anhand von Dokument Nr. 123 erkannt haben wollte, wie weitgehend der deutsche Botschafter, Fürst Lichnowsky, Edward Grey in der belgischen Frage entgegengekommen sei.¹²⁵ Für Courtney war die Sachlage damit klar, Edward Grey hatte sich heimlich über die Mehrheit des Kabinetts hinweg gesetzt, diese im Dunkeln gelassen und von vornherein die unbedingte Bündnisloyalität gegenüber Frankreich und damit den englischen Kriegseintritt forciert.¹²⁶ Um Courtney herum gruppierte sich nun ein harter Kern von zunächst 23 prominenten liberalen Politikern, Journalisten und Intellektuellen sowie zwei Mitgliedern der Independent Labour Party (ILP).¹²⁷

Auf der Basis von Norman Angells „Great Illusion“ und den U.D.C. eigenen Pamphleten, wie „The Morrow of War“ (1914) oder den Schriften Bertrand

123 Vgl. Marvin Swart: The Union of Democratic Control in British Politics during the First World War. Oxford 1971; Keith Robbins: The Abolition of War: The 'Peace Movement' in Britain, 1914-1919. Cardiff 1976; Gebele, Großbritannien und der Große Krieg (wie Anm. 23).

124 Vgl. Watt, British Reactions (wie Anm. 24), S. 245 f.

125 Correspondence respecting the European Crisis, Cd. 7467, 8.8.1914, Nr. 123, S. 66. Gleichermaßen galt für Charles P. Scott, Scott an Morley, 9.8.1914, NL Morley, Bodleian Library Oxford, Ms Eng.d.3585, fols. 142-143, fol. 143.

126 Courtney an Charles P. Scott, 8.8.1914, zit nach: George P. Gooch, Life of Lord Courtney, London 1920, S. 581 f.

127 James Ramsay MacDonald (ILP), Fred Jowett of Bradford (ILP), Arnold Rowntree, Norman Angell, Arthur Ponsonby, Edmund D. Morel, Philip Morell Bertrand Russell, Henry Brailsford, John A. Hobson, Charles Trevelyan, George P. Gooch, Arthur Henderson, M. Phillips Price, Philip Snowden, Lord Leonard Courtney, Leonard Wolf, John M. Keynes, Lowes Dickinson.

Russells „Is a permanent Peace possible“, „The Policy of the Entente“ (beide 1916)¹²⁸ oder Morels „Ten Years of Secret Diplomacy“ (1915), einigten sich die „Gründerväter“ auf eine klassisch-liberale Einschätzung der Kriegsursachen, die nicht umsonst an Jeremy Bentham und Tom Paine erinnerte: „The Theory of the Balance of Power and secret diplomacy are the two main factors which, in combination, made for war“.¹²⁹ Ein zukünftiger Friede müsse sich deshalb auf die Abschaffung der Geheimdiplomatie und die Verbreitung der Demokratie stützen. Das Aktionsprogramm der U.D.C. beruhte deshalb auf den folgenden vier Grundsätzen zur Befriedung Europas, wie sie in den Hauptorganen, dem Manchester Guardian, dem Cambridge Magazine und der UDC eigenen Zeitschrift „War and Peace“ fortan unermüdlich gepredigt wurden:¹³⁰

1. „Peace without Victory“ [...] „No Province shall be transferred [...] without the consent, by plebiscite or otherwise, of the population of such province“.
2. „No Treaty, Arrangement, or Undertaking shall be entered upon in the name of great Britain without the sanction of the Parliament“.
3. „The Foreign Policy of Great Britain shall not be aimed at creating Alliances for the purpose of maintaining the Balance of Power; but shall be directed to concerted action between the Powers and the setting up of an international Council [...] with such machinery for securing international agreement“.
4. Sowohl die nationale Außenpolitik als auch die internationale Politik sollten demnach institutionalisiert und einer öffentlichen Kontrolle unterworfen werden.
5. Hinzu kam die Forderung nach einer „drastic reduction of arms“ im Zuge eines Friedensvertrages.

Unter dem Eindruck der Pariser Wirtschaftskonferenz im Mai 1916, die eine dauerhafte wirtschaftliche Ausbeutung Deutschlands nach dem Krieg vorsah,¹³¹ erweiterte das U.D.C. seinen Forderungskatalog noch um die Vorgabe: „No economic war after the war“.

Von Cambridge und dem Londoner Stadtteil Bloomsbury aus suchten die Aktivisten den Kontakt zu anderen Anti-Kriegs-Bewegungen, um nach den Worten Edmund D. Morels eine Massenbasis zu beschaffen. Noch 1914 erhöhte sich die Mitgliederzahl auf 5 000, auf 300 000 1915, und schließlich auf 750 000 bei Kriegsende. Die besondere Stärke des U.D.C. war es, nicht nur Einzelpersonen, sondern auch andere Körperschaften zu vernetzen.¹³² So

128 Bertrand Russell, „Is a Permanent Peace Possible?“ in: Bertrand Russell, *Justice in War-Time*, Chicago 1916, S. 80-100, bes. S. 83, S. 98; Ders., „The Entente Policy, 1904-1915: A Reply to Professor Gilbert Murray,“ in: ebd., S. 118-206, bes. S. 123, S. 137, S. 209-210.

129 Zit. nach: Michael Howard: *War and the Liberal Conscience*. London 1977, S. 75. Edmund D. Morel: *Ten Years of Secret Diplomacy*, London 1915.

130 Zit. nach: Gebele, Großbritannien und der Große Krieg (wie Anm. 23), S. 56 f.

131 Sönke Neitzel: *Blut und Eisen. Deutschland im Ersten Weltkrieg*, Zürich 2003, S. 149.

132 Gebele, Großbritannien und der Große Krieg (wie Anm. 23), S. 57 f.

wuchs allein die Zahl der bis 1918 angeschlossenen Arbeiterorganisationen auf über 350, die über eine Million Arbeiter repräsentierten. Aber auch kleinere christliche und lokale Bruderschaften wie der „Fellowship of Reconciliation“, das „National Council against Conscription“, der „No Conscription Fellowship oder die „Society of Friends“ waren mit dem U.D.C. in engem Kontakt.¹³³

Die größere Zahl von Mitgliederorganisationen bedeutete gleichzeitig aber auch eine Abschwächung der intellektuellen liberalen Basis und Diversifizierung der unterschiedlichen Ziele und Interessenlagen. Eine Bündelung der Kräfte war so während des Krieges letztlich nicht möglich. Zum Nachteil wirkte sich zudem die immer größere Nähe zu Organisationen der Independent Labour Party aus, die das liberale Fundament in Großbritannien weiter erodieren ließ. So schloss sich die U.D.C. vor dem Hintergrund der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht mit führenden Repräsentanten Labours und der Liberal Party zusammen. Gemeinsam entwickelten sie ein Friedenskonzept. Der Londoner Regierung wurde dabei vorgeworfen, alle Friedensinitiativen der Mittelmächte zu blockieren und damit auch die langfristige Befriedung des Staatensystems zu gefährden. Statt auf einen uneingeschränkten „knock-out-blow“, wie ihn Lloyd George inzwischen forderte,¹³⁴ setzte das Konzept der U.D.C. auf einen „Peace without Victory“. Die Interessen und die Integrität der Mittelmächte sollten dabei ausdrücklich gewahrt bleiben. Im Juli 1917, also lange vor Lenins Friedensdekret (November 1917), legte die U.D.C. ihre Konzeption einer Nachkriegsordnung vor:¹³⁵

1. Wiederherstellung der Unabhängigkeit Belgiens,
2. Räumung Frankreichs durch deutsche Truppen,
3. Militärische Räumung und Wiederherstellung der Unabhängigkeit Serbiens, Montenegros und Rumäniens,
4. Plebiszite über die Zukunft Elsass-Lothringens, des Trentinos sowie der polnischen Gebiete Preußens und Österreich-Ungarns,
5. Ein freies und unabhängiges Polen,
6. Keine Zerstörung Österreich-Ungarns, aber Autonomierechte für die Minderheiten,
7. Einrichtung einer internationalen Kommission zur Regelung schwieriger Grenzfragen, etwa polnische Ansprüche auf Danzig etc.,
8. Neutralisierung und Internationalisierung der Meerengen und Konstantinopels,
9. Internationale Kontrolle des Osmanischen Reiches,
10. Keine Annexion deutscher Kolonien und kein Verbot deutscher Kolonien.

133 Ebd.

134 David Lloyd George: War Memoirs 1915-1916. Bd. 2 London 1933, 263-286.

135 Vgl. dazu: Gebele, Großbritannien und der Große Krieg (wie Anm. 23), S. 59.

Garantiert werden sollten diese Ziele, die in einem nicht geringen Maße einer Restauration des Vorkriegszustandes entsprachen, durch den von Lowes Dickinson vorgeschlagenen Völkerbund. Dessen System kollektiver Sicherheit sollte von nun an zum Inbegriff liberaler Außenpolitik auch über 1918 hinaus werden. Allerdings zeigte sich sowohl in der Gruppierung der U.D.C. als auch in der flächendeckenden Unterstützung des bekannten „Peace Letters“ des konservativen Lord Lansdowne im November 1917, dass originär liberale Vorstellungen ihre Basis längst verbreitert und von der Partei gelöst hatten. Bereits ein Jahr zuvor hatte der ehemalige Außenminister Lansdowne seinen Eindruck, dass der Krieg die westliche Zivilisation insgesamt gefährde, dem britischen Kabinett unterbreitet und dafür plädiert, Friedensverhandlungen auf der Basis des *status quo ante bellum* einzuleiten.¹³⁶ Nachdem seine Vorschläge aber sowohl von den Unionisten im Kabinett, Arthur Balfour und Roberts Cecil, als auch dem Herausgeber der *Times*, Geoffrey Dawson entsetzt abgelehnt worden waren,¹³⁷ wurden seine Ideen im November von *Daily Telegraph* publiziert. Während die gesamte konservative Presse Lansdownes Vorstoß kritisierte,¹³⁸ waren es vor allem die liberalen Blätter, allen voran der *Manchester Guardian* und die *Daily News*, die sich die Argumente Lansdownes schnell zu eigen machten.¹³⁹ So war es auch nur folgerichtig, dass sie das nach dem Verfasser benannte, aber hauptsächlich von U.D.C.-Mitgliedern gebildete „Lansdowne Committee“ im Oberhaus zur Erlangung eines Verständigungsfriedens, nach Kräften unterstützten.¹⁴⁰ Einige liberale Politiker wie Reginald McKenna erkannten sogar die Gelegenheit, die Partei auf der Basis von Lansdownes Vorschlägen wieder zu vereinen, aber Asquith blieb unentschlossen.¹⁴¹ James Ramsay MacDonald schlug Lansdowne sogar als zukünftigen Labour Premier vor, um die Kriegsspirale endlich zu durchbrechen.¹⁴² Lansdowne selbst wahrte, vornehmlich aus Loyalität zur amtierenden Regierung, vornehme Distanz

136 Zum Inhalt und zur Geschichte des „Peace Letters“ vgl. Douglas Newton: The Lansdowne „Peace Letter“ and the Prospect of Peace by Negotiations with Germany, in: *Australian Journal of Politics and History* 48/1 (2002), S. 16-39; Frank Winters: Exaggerating the Efficiency of Diplomacy: The Marquis of Lansdowne’s “Peace Letter” of November 1917, in: *The International History Review* 32/1 (2010), S. 25-46.

137 *The Times*, 30.11.1917, S. 9.

138 *The Times*, 15.12.1917, S. 7.

139 *Manchester Guardian*, 30.11.1917, S. 4, 1.12.1917, S. 6; *Daily News*, 1.12.1917, S. 4.

140 A. J. P. Taylor: *English History 1914 – 1945*. Oxford 1990, S. 65 f.

141 *Manchester Guardian*, 4.12.1917, S. 4. Vgl. jetzt auch: Winters, Exaggerating the Efficiency of Diplomacy (wie Anm. 136), S. 38.

142 Sally Harms: *Out of Control: British Foreign Policy and the Union of Democratic Control, 1914-1918*. Hull 1996, S. 46, S. 202.

zu den radikalliberalen Unterstützern seiner Ideen. Sie waren ihm aber alles andere als „peinlich“, wie A.J.P. Taylor vermutete.¹⁴³

So sehr die außer- und überparteiliche Erinnerung an klassisch liberale Werte der liberalen Partei den Spiegel vorhielt und weiter deren Basis untergrub, so sehr diente die allgemeine Debatte dem britischen Liberalismus insgesamt. Dessen außer und überparteiliche Vielfalt bei gleichzeitiger organisatorischer Beliebigkeit bedeutete daher sowohl Stärke und Schwäche zugleich.

III. Abschließende Bemerkungen

Die Julikrise und der Erste Weltkrieg waren fraglos eine entscheidende Zäsur für den britischen Liberalismus und die Liberal Party. Auch wenn es zahlreiche Hinweise dafür gibt, dass sich bereits lange vor 1914 ein langsamer Niedergang abzeichnete, so spricht doch vieles, wie etwa die permanente Selbsterneuerung nach der Spaltung Mitte der 1880er Jahre, die Krise während des Burenkrieges und die Wahlsiege von 1906 und 1910 dafür, dass das erste Augustwochenende 1914 tatsächlich die nachhaltigste Zäsur bildete, als das Kabinett die liberalen Prinzipien dem parteipolitischen Ziel der Machterhaltung unterordnete. Allen voran David Lloyd George, der vom 2. auf den 3. August aus dem Lager der Kriegsgegner in das der Befürworter wechselte, erkannte nach der Unterstützungsusage der Tories darin die einzige Chance, die liberale Partei geeint an der Regierung zu halten. Seine Bemerkung gegenüber Morley, dass er einen möglichen Sieg Russlands bei seinen Überlegungen noch gar nicht erwogen hatte, deutet einerseits darauf hin, dass ihm die internationale Gemengelage weniger beschäftigte als die partiinterne. Während Morley offenbar glaubte, damit eine besonders für liberalen Ohren alarmierend klingende Warnung ausgesprochen zu haben, könnte die Reaktion Lloyd Georges andererseits auch dahingehend verstanden werden, dass dieser erst jetzt verstand, dass es bei der Frage der englischen Beteiligung auch darum ging, möglichst auf Seiten der Gewinner zu stehen und den britischen Einfluss auf eine Nachkriegsordnung zu wahren. In der Entscheidungssituation selbst waren die Folgen wohl kaum abzuschätzen und die britischen Kabinettsmitglieder erwiesen sich tatsächlich als Schlafwandler, unfähig alternative Handlungsmuster zu erkennen oder die Konsequenzen ihrer Entscheidung bzw. die Realität der Gräuel zu erkennen.

143 Lansdowne an Ponsonby, 8.12.1917, NL Lansdowne, British Library London, Working File: ‘Papers relating the Peace Letter’, MSS Box (5), 85; “As for myself, I shall hold my peace until I know more of the attitude of our own government”. Lansdowne an Lord Beauchamp, 9.10.1918, ebd., MSS, Box (5) 88; Taylor, Trouble Makers, (wie Anm. 16), S. 150. Lansdowne an Lansdowne Committee, 31.7.1918, zit. nach: Newton, Lord Lansdowne (wie Anm. 136), S. 475 f. Vgl. jetzt auch: Winters, Exaggerating the Efficiency of Diplomacy (wie Anm. 136), S. 38.

Nicht von ungefähr erklärte es Edward Grey sogar für unerheblich, ob England aktiv in den Krieg eingriff oder nicht, denn „leiden“ müsse es in jedem Fall. Mit einer Teilnahme, so der Außenminister, würde es sich aber nicht ins moralische Abseits stellen und weiterhin seinen internationalen Einfluss sichern.¹⁴⁴

Die wirtschaftlichen und finanziellen Risikoerwägungen der City wurden durchaus ernst genommen, auch wenn sich Lloyd George später nicht mehr daran erinnern wollte.¹⁴⁵ Gerade diese Erinnerungslücken belegen, dass es umso dringlicher erschien, nicht nur aus Gründen des nationalen Zusammenhalts, des Siegeswillens und der aufzubringenden Opfer, sondern auch aus Gründen der nachträglichen Rechtfertigung, aus dem Krieg einen „just war“ zu führen. Auch hierin, das bleibt noch weiter zu untersuchen, lag vermutlich einer der Gründe für die aggressive Kriegspropaganda gegen die deutschen „Hunnen“, die man zuvor stets zu seinem eigenen Kulturreis gezählt hatte. Als die „Lichter in Europa ausgingen“, begannen somit auch die politischen Aussichten der Liberalen Partei zu dämmern.

Die Notwendigkeiten eines total geführten Krieges, aber auch die Zerfassung in unzählige außer- und überparteiliche Gruppierungen, die zum einen immer wieder auf die Fehler der Kriegsentscheidung pochten und sich zum anderen immer näher an die Independent Labour Party annäherten, wie das Beispiel der Union of Democratic Control belegt, bedeuteten letztlich den Ruin der englischen Liberalen Partei als potentielle Mehrheitspartei. Gleichzeitig, so ist zu vermuten, sicherten die dynamischen Debatten aber auch das Überleben des englischen Liberalismus, so paradox es auch klingen mag. Aber es war die Vielfalt der Ansätze und Meinungen sowie die Form des Protestes, die große Teile des britischen Liberalismus im Gegensatz zu der Koalitionsregierung während des Großen Krieges auszeichneten. Während die Regierung mit dem Londoner Abkommen der Alliierten im September 1914 und der Ausweitung des Konfliktes jeglichen Friedensinitiativen frühzeitig den Garaus machte und damit auch jede Möglichkeit eines schnelleren und versöhnlicheren Kriegsendes mit verhinderte, ohne aber eine eigene Ausstiegsstrategie aus dem Krieg zu entwickeln, strengten gerade die oppositionellen Bewegungen weitergehende Überlegungen zu einer Nachkriegsordnung an. Die Spannweite der liberalen Forderungen von einem Verständigungsfrieden auf der Grundlage der Vorkriegszustände bis hin zur völligen Desintegration der Mittelmächte,

144 Grey im Unterhaus, 3.8.1914, Hansard Parliamentary Debates, 5. Serie, Bd. 65, Sp. 1858 f.

145 Lewis Harcourt, Cabinet Notes, 31.7.1914, NL Harcourt, BOD.

namentlich Österreich-Ungarns, deutet aber auch die Problematik der Diversifizierung unter dem Eindruck des totalen Krieges an.¹⁴⁶

Die Bedeutung der Liberalen für die Weltkriegsforschung, sowohl vor dem Krieg als auch während des Krieges, ist bis heute nicht abgeschlossen. Sie liegt nicht zuletzt in ihrem Denken in Alternativen und ihrer Debattierfreudigkeit, welches historischen Interpretationen neue Erkenntnismöglichkeiten eröffnet.¹⁴⁷ Für die Vorkriegsphase und Entscheidungssituation im Juli 1914 lenken sie den Blick beispielsweise konträr zur lange dominanten Kontinuitätsthese britischer Außenpolitik, die davon ausgeht, dass London für das Gleichgewicht der Mächte eintrat und zum Krieg durch deutsche Hegemonialstreben gezwungen wurde. Die liberalen Zweifel an dieser Meistererzählung verdeutlichen darüber hinaus, dass die britische Diplomatie nicht nur, wie lange vermutet, eine Sache der Entscheidungsträger, des „official minds“, der „high politics“ oder eine bloße Sache von „maps and chaps“ war. Lange wurde in der Weltkriegsforschung von der Alternativlosigkeiten auf Seiten der Ententemächte ausgegangen und damit indirekt eine vermeintliche Vielfalt von Alternativen auf Seiten der Mittelmächte impliziert. So sehr dies für die Mittelmächte in den letzten Jahren relativiert worden ist, so sehr gilt es sich nun auch den Möglichkeitsräumen der Ententemächte zuzuwenden. Eine Geschichte der liberalen „trouble makers“ bietet dazu einen Einstieg.

146 So riet Noel Buxton bei seiner Mission in Bulgarien nicht, wie gemeinhin angenommen, zu einer Neutralisierung, sondern zu seiner Ausdehnung des Konfliktes um Bulgarien. Buxton an Lloyd George, 5.10.1914, NL Lloyd George, HLRO, LG/C/6/7/1A. Vgl. Noel Buxton/ Charles Roden: *The War and the Balkans*. London 1915.

147 Vgl. dazu: Rose, Empire und Kontinent (wie Anm. 6), bes. S. 557-566.

